

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 fr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 fr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 fr.



Insertionsgebühr für eine Garmonde-Spalte zeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 fr., für 2malige 8 fr., für 3malige 10 fr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 fr. für eine jedesmäßige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 fr. für 3 Mal, 1 fl. 40 fr. für 2 Mal und 90 fr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat eine am Jansbrucker Gymnasium erledigte Lehrerstelle dem Gymnasiallehrer in Laibach, Weltpriester Georg Bonbank, zu verleihen befunden.

Am 3. Juli 1860 wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXXIX. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet werden.

Dasselbe enthält unter

Nr. 156. Die Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und der Finanzen vom 16. Juni 1860 — gültig für den ganzen Umfang des Reiches, mit Ausnahme der Militärgrenze — womit die dynamische Masseinheit der Pferdekraft festgesetzt wird.

Nr. 157. Den Erlass des Finanzministeriums vom 20. Juni 1860 — gültig für alle Kronländer des allgemeinen Zollgebietes — über die Ausbebung des Nebenzollamtes erster Klasse in Orehovica, der Zollämter zweiter Klasse in Sustak und Scogletto in dem Finanzbezirk Flume, dann über die Errichtung einer Expositur des Hauptzollamtes in Flume.

Nr. 158. Die Verordnung des Armee-Ober-Kommando's, dann der Ministerien des Innern und der Finanzen vom 23. Juni 1860 — gültig für alle Kronländer, mit Ausnahme der Militärgrenze, jedoch einschließlich der Grenz-Kommunitäten — betreffend die Nachtrags-Bestimmungen zu der in dem VII. Stücke des Reichs-Gesetz-Blattes vom Jahre 1856, unter Nr. 27 kundgemachten Vorschrift über die Stellvertretung im Militärdienste.

Nr. 159. Die Verordnung des Finanzministeriums vom 24. Juni 1860 — gültig für alle Kronländer — über das Benehmen bei der Einbringung ausländischer Abgaben.

Mit diesem Stücke wird auch das Inhaltsregister der im Monate Juni 1860 ausgegebenen Stücke des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet werden.

Wien, 2. Juli 1860.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 4. Juli.

Der Artikel der „Preußischen Zeitung“, den wir in unserm gestrigen Blatte mittheilten, erfährt in der österreichischen Presse vorwiegend eine beifällige Beurteilung. Es ist ein Gefühl der Befriedigung, das sich durchweg kundgibt, und dessen sich selbst die Organe, welche an den Neuerungen des ministeriellen preußischen Blattes mancherlei anzuschreiben finden, nicht entzögeln können. Wir überlassen unserer Lesern im Nachstehenden einige Urtheile der Wiener Journale mit. Die „Presse“ sagt: „Die bedeutungsvolle Auslösung des preußischen Regierungsbüllens ist ein lautender Beweis der wahrhaft brüderlichen und echt deutschen Politik des Berliner Kabinetts und, vossen wie es, das Unterpfand einer Verständigung der so lange zu ihrer beiderseitigen Nachtheile entzweiten deutschen Großstaaten. Der Ton, den die „Preuß. Zeitung“ anschlägt, wird, wie sind dessen gewiß, in dem Herzen jedes Österreichers, der es mit seinem Lande wohlmeint, nachhaltig wiederklingen.“ Der „Fortschritt“ äußert sich also: „Die Hoffnung auf eine Einigung im deutschen Bunde durch die Eintracht der beiden Großmächte, erwächst im Angesichte der vollen Ausführung des preußischen Regierungsgedankens zur Überzeugung. Der Leser kann selbst urtheilen, ob nicht diese offene loyale Sprache einer Regierung, — die stark und angesehen genug ist, um nicht als

Bittsteller und im Drang der Umstände eine Hingabe zu öffentlichen, die sie morgen verläugnen würde — ob nicht diese Neuerungen die Zuversicht erwecken, daß endlich der langersehnte Moment gekommen ist, wo der deutsche Bund nicht mehr wegen seiner Zersprengtheit als obumächtiger Zuschauer oder in leidender Resignation neben den Weltereignissen stehen muß. Der Ton des preußischen Regierungsbüllens in Betreff des Fortschrittes in Österreich erweckt überdies die Vermuthung, daß man am preußischen Hofe in Betreff der in Österreich zu gewährigenden legislatorischen Maßnahmen wohlunterrichtet sei.“ — Auch die „Ost-D. Post“ kann ihre Zustimmung nicht versagen, doch spricht sie die Befürchtung aus, daß der leidige Dualismus nicht nur fortbestehen sondern noch größer werde. Sie läßt sich in folgender Weise aus: „In Bezug auf die Stellung zu Deutschland macht das ministerielle Organ eine Größnung, die bei den deutschen Regierungen Sensation erregen wird. Preußen will das völkerverbindliche Band des deutschen Bundes nicht erschüttern, aber von dem staatsrechtlichen „Befugnisse“ desselben sagt es sich los. Dieses Programm, wenn es in seiner ganzen Ausdehnung aufrecht erhalten wird, bräuchte eine solche Umwälzung in dem seit 1815 nach und nach ausgebildeten Bundesrechte hervor, daß eine neue Formulierung des letztern die nächste Aufgabe der deutschen Regierungen werden muß. Wir halten diese Formulierung des preußischen Programms für zu weit gehend und fürchten nicht ohne Grund, daß es eher ein vergrößertes Schisma als eine Verständigung hervorbringen wird. Aber infosfern ist die Grundidee der preußischen Regierung richtig, als die Entwicklung der deutschen Bundesverfassungen von 1815 bis 1847 von der Voransetzung ausging, daß die beiden deutschen Großmächte der absoluten Staatsform angehören. Als im Jahre 1851 der Bund, in Erwartung eines Besserns, in seiner alten Form wieder hergestellt wurde, wurde die Notwendigkeit einer energetischen Reform zwar wohl gefühlt, die Ausführung scheute aber sowohl an der reaktionären Richtung der ganzen Zeit, wie an dem unüberwindbaren Dualismus Preußens und Österreichs. Von der Zeit über, wo fast sämtliche deutsche Staaten zu Verfassungsstaaten sich umgewandelt haben, von dem Momente namentlich, wo Preußen konstitutionelle Formen angenommen und dieselben nach und nach zu festigen suchten, fällt die Voransetzung, welche die Politik des Fürsten Metternich der Ausbildung der deutschen Bundesverhältnisse zu Grunde legte, von selbst zu Boden. Wenn mancherlei Voraussetzungen, wie wir bereits sagten, in der Entwicklung des deutschen Bundes schon dadurch antiquirt sind, daß Preußen zu einem Staate mit parlamentarischen Institutionen sich umwandelt, so würde eine Reform des deutschen Bundesrechts allerdings noch rascher zu Stande kommen, wenn auch Österreich in seiner inneren Organisation den Weg betreten würde, den alle übrigen deutschen Staaten bereits eingeschlagen haben. In dieser Beziehung ist die Argumentation des preußischen Blattes vollkommen logisch.“ In dem Satz „daß parlamentarische Institutionen, welche den österreichischen Gesamtstaat zusammenfassen, vor allem Anderen geeignet wären, in den Deutschen-Österreichern selbst das Bewußtsein eigenbürtiger, von den deutschen abweichender Aufgaben und Bedürfnisse zu erwecken“, will die „Ost-D. Post“ einen, die Zweideutigkeit Deutschlands begünstigenden Hintergedanken entdecken. Der Satz des preußischen Artikls ist allerdings nicht recht verständlich; doch meinen wir, daß durch die Verständigung der beiden deutschen Großmächte der Dualismus selbst seine Schroffheit verliert. Das aber das Deutschland der Zukunft mehr sein muß als ein bloß „völkerverbindlicher Bunde“, ist auch unsere Ansicht.

Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung vom 21. Juni 1860.

(Offizieller Bericht.)

(Schluß.)

Der a. o. Reichsrath Ritter v. Starowieski-Biberstein erklärte, im Interesse des Kronlandes Galizien, welchem anzugehören er die Ehre habe, es nicht unberührt lassen zu können, daß im Gegensatz zu dem von dem Herrn Justizminister ausgesprochenen Grundsatz, wonach die Grundbücher in der Sprache der Mehrheit der Einwohner geführt werden sollen, in Lemberg seit jeher und in Krakau seit einigen Jahren die Grundbücher in der deutschen Sprache geführt werden.

Dieser Vorgang, durch welchen die Landessprache bestätigt erscheine, berühre die dortige Bevölkerung sehr und bilde einen der Beschwerdepunkte des Landes, welches an seiner Nationalität und Sprache mit größter Vorliebe hängt.

Der a. o. Reichsrath Dr. Polanski bestätigte, daß die Grundbücher in Galizien, welche Anfangs in lateinischer und im Jahre 1848 in polnischer Sprache geführt wurden, seit 1850 ausschließlich in deutscher Sprache geführt werden, und daß es der allgemeine Wunsch der Bevölkerung sei, daß sich hierbei der Nationalsprache bedient werde.

Der Herr Justizminister erwiderte, daß ihm hierüber keine Beschwerde zugemessen und er daher nicht in die Lage gesetzt worden sei, eine Verfügung zu treffen.

Der a. o. Reichsrath v. Mailath sprach sich nun mehr über den Gegenstand der Diskussion in folgender Weise aus:

„Ich werde mich wohl häuten, in die Frage, ob das Grundbuch notwendig sei oder nicht, worüber die Männer der Wissenschaft ohnehin in zwei Lager getheilt sind, einzugehen. Ebenso wenig werde ich mich in die Details der Grundbuchs-Einführung in Ungarn einlassen, nachdem diese erschöpfend behandelt worden sind.

„Ich kann nur jener Ansicht beipflichten, welche die Einführung des Grundbuchs in Ungarn in dem Augenblick, in welchem die Zusammenlegung der Grundstücke in Aussicht stand, jedenfalls für verfrüht und das Ergebnis für unvollkommen und unverhältnismäßig kostspielig hält.

„Nur zwei Fragen, welche angeregt wurden, glaube ich nicht unbeantwortet lassen zu sollen, da mir dies mit der Pflicht und mit der Stellung, die wir hier einzunehmen, unverträglich erschiene. Die eine ist die Frage der Nationalitäten. Meines Wissens gibt es in Ungarn nichts als Ungarn, sie mögen sich der deutschen, slavischen, ungarischen oder rumänischen Sprache bedienen. In dieser Hinsicht herrscht in diesem Augenblick eine Einmütigkeit, von welcher sich in den Annalen der Geschichte kaum ein ähnliches Beispiel verzeichnet finden dürfte, und von welcher als einem Faktor der gegenwärtigen Sachlage allerdings Acht zu nehmen ist.

„Die zweite Frage betrifft die Sprache. Im Gegensatz zu der Bemerkung des Herrn Bischofs von Diakovár muß ich erklären, daß auf dem staatlichen Gebiete in Ungarn meiner Überzeugung nach nur die ungarische Sprache die historisch, politisch und legal berechtigte ist. Es ist nicht zu läugnen, daß jetzt ein stiller, aber unaufhörlicher geistiger Kampf der Nationalitäten unter sich stattfindet, und daß dieser Kampf um so mehr gefördert wird, je größer und beschleunigter die Verkehrsmittel sind, je schneller die geistige Reise vorwärts schreitet und die Wechselwirkung sich äußert. Die Entscheidung wird vielleicht früher, als man erwartet, erfolgen, die Palme aber jedenfalls jener Nationalität zufallen, die an Kultur, Gesittung

und Bildung, und zwar nicht nur an literarischer, sondern auch an politischer Bildung am höchsten steht. Soll aber der Kampf in Schranken bleiben und nicht zum physischen Konflikte ausarten, so muß er ehrlich, das Feld frei und die Waffen müssen gleich sein.

„Uebergebend auf den Antrag des Grafen Szécsen muß ich aufzuführen, daß auch wir vom ersten Momente an die Aufgabe des Reichsrathes eine höhere zu sein schien, als bloß ein erweitertes Bureau zu sein in einem Staate, der ohnehin an dem Einfluß der Bureaux stark darunter liegt. Ich glaube nicht, daß wir bloß die Aufgabe haben, Erläuterungen über Erläuterungen zu registrieren, sondern ich präzisire die Hauptaufgabe des verstärkten Reichsrathes in folgenden drei Hauptrichtungen:

1. Wiederherstellung des in der letzten Zeit arg gestörten geistigen Friedens.

2. Auf Grundlage des wiederhergestellten Friedens die Abahnung eines gedeihlichen Zustandes des Staatsorganismus, und

3. mit diesem und durch diesen eine dauerhafte und nachhaltige Führung und Regelung des Staatshaushaltes.

„Der erste Punkt wird meines Erachtens nur erreicht durch einen freundschaftlichen Meinungs austausch, durch die Verständigung und Vermittlung bei entgegengesetzten Meinungen, durch das Aussprechen und Festhalten der inneren Überzeugung, daß die Achtung der Rechte Anderer nie eine Schwälerung der eigenen Interessen in sich begreife, sondern vielmehr die sicherste Gewähr für die Wahrung der eigenen Rechte bildet.

„Bezüglich des zweiten Punktes, nämlich der Herstellung eines gedeihlichen Zustandes des Staatsorganismus wird schon der frische geistige Hauch, der innere Versammlung durchweht, und der sein Echo auch in der Bevölkerung findet, die Erschlaffung, in der dieselbe jetzt existirt, beleben und statt der Apathie, der Zbelnabsolgsigkeit und dem passiven Widerstande eine selbstbewußte, lebenskräftige und werthältige Theilnahme der Bevölkerung an den öffentlichen Angelegenheiten hervorrufen, welche dann von selbst eine wirkliche Kontrolle abgeben kann, wie sie in Bezug auf den dritten Punkt zur definitiven Regelung des Staatshaushaltes unbedingt nothwendig erscheint.

„Nachdem diese Aufgabe nur gelöst werden kann, wenn den dem Budget-Comité überwiesenen großen Prinzipienfragen nicht vorgegriffen würde, so trete ich dem Antrage des Herrn Grafen Szécsen bei.“

Der a. o. Reichsrath Bischof Stroßmayer erwiedert auf die Bemerkungen des Vorredners die folgenden Worte: „Die einheitliche Gestaltung Österreichs liegt gewiß in dem Wunsche aller; sie ist, glaube ich, eine Nothwendigkeit, und da ich in jeder Nothwendigkeit, möge sie moralischer oder physischer Natur sein, den Ausdruck eines höheren Willens sehe, so halte ich die einheitliche Gestaltung Österreichs für ein wahres Gebot der göttlichen Vorsehung. Österreich hat eine europäische Mission, und die göttliche Vorsehung hat eben an den Bestand Österreichs Fragen von höchster Wichtigkeit geknüpft, welche, ohne Österreich lösen zu wollen, ein Eingriff in die höhere Ordnung der Dinge wäre und zum eigenen Schaden gereichen müßte. Eben aber weil Österreich in der Volksfamilie Europa's hochwichtige Zwecke zu verfolgen hat, muß es ein einheitlicher Staat, muß es mächtig, stark und angesehen sein, und damit es mächtig, stark und angesehen sein könne, muß es vor Allem einig sein.“

„Von dieser Überzeugung geleitet, muß ich mich dahin aussprechen, daß Österreich in seiner einheitlichen Gestaltung so eingerichtet sein soll, daß jede Nation, jeder Volksstamm, er möge dieser oder jener sein, eine sichere Bürgschaft seiner nationalen, volksthümlichen Institutionen finde.“

„So gerne ich die billigen und gerechten Wünsche der Ungarn unterstützen, so kann ich mir doch auch in Ungarn eine gedeihliche Gestaltung des öffentlichen Lebens nicht denken, wenn im Gebiete dieses Lebens nur ein Volksstamm Berechtigungen haben soll und die übrigen nicht.“

„So wie es ein allgemein anerkannter Grundsatz ist, daß die persönliche Freiheit jedes einzelnen Staatsbürgers von Niemanden angetastet werden darf und vom Staat geschützt werden soll, ebenso hat auch jede Nation und jeder Volksstamm das Recht zu fordern, daß seine Freiheit in der Entwicklung nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern geschützt und unterstützt werde. Jeder Staat hat die von Gott erhaltenen Verpflichtung, diesen Schutz und diese Unterstützung zur Geltung zu bringen. Wenn wirklich der rumänische und der slowakische Volksstamm auf einer niedrigeren Stufe der Kultur stehen sollten, so hat die Staatsregierung die doppelte Pflicht, dorthin zu wirken, daß die Bildung dieser Volksstämme gehoben werde, damit alle mit einer Gestaltung in brüderlicher Eintracht treu um unseren Herrn und Kaiser geschaart zur Errichtung des hohen Zweckes zusammenwirken können. Werden jedem Volksstamm dieselben Lasten, dieselben Pflichten auferlegt, von jedem dieselben Opfer gefor-

dert, so sche ich nicht ein, warum die auf einer niedrigeren Kulturstufe stehenden Stämme im staatlichen Leben nicht eine gleiche Geltung und Berechtigung finden sollten.“

Der a. o. Reichsrath Bischof Freiherr v. Schaguna spricht sich nun mehr in folgender Weise aus:

„Aus Aulab der Äußerungen einiger sehr verehrten Mitglieder des hohen Reichsrathes halte ich mich für verpflichtet, auf die allgemein bekannte Thatache hinzuweisen, daß seit einigen Decennien in Österreich das Nationalgefühl bei den minder gebildeten Volksstämmen eben so wie bei den gebildeten rege geworden ist, daß jeder Volksstamm unablässig bemüht ist, seine Nationalität und Nationalsprache zur Geltung zu bringen. — daß die im verbündeten Vollen Jahre 1848 in dieser Hinsicht gefährdet gewesenen Nationen den Kampf mit ihren Widersachern ehrlich aufgenommen und ausgefochten und sich endlich an Se. k. k. Apostolische Majestät um Schutz für ihre Nationalität und Sprache gewendet haben. Ihr Vertrauen auf die Allerhöchste Person Sr. Majestät wurde durchaus nicht getäuscht, und der erhabene Monarch sprach nach Ewigung der Vereinbarungen des einheitlichen Österreichs das gerechte und heilige Prinzip der Gleichberechtigung aller Nationalitäten nicht nur selbst aus, sondern befahl auch seinen Organen die Durchführung derselben.“

„Als ein Freund und Verkünder des Friedens will ich die hier gehörten entgegengesetzten Meinungen nicht einzeln widerlegen, muß es aber als einen Irrthum erklären, wenn behauptet wurde, daß es unter dem Scepter Österreichs noch eine Nation gebe, die einer anderen Nation zu Liebe bereit wäre, ihre Nationalität, ihre Sprache und ihre politische Existenz überhaupt aufzuopfern. Zwar hat es in der Welt immer Renegaten gegeben und auch heute noch gibt es solche in politischer Beziehung menschidene und schwache Charaktere unter den Einzelnen. Von ganzen Volksstämmen gilt dies jedoch in keiner Weise. Wenn ich mit einer Bitte erlauben darf, so wäre es die, daß jeder Nationalitäten- und Sprachenkampf geendigt werden möge. Derselbe erschiene nach der von Sr. Majestät ausgesprochenen Gleichberechtigung aller Nationalitäten ohnehin unbegründet und könnte nur zum größten Nachtheile für die österreichischen Nationen gereichen. Wir dafür das Wort ergriffen, der ist, ich sage es ohne Anstand, kein Freund des Friedens, kein Freund der Brüderlichkeit und der Brüderlichkeit, kein Freund des einheitlichen Österreichs. Wie wäre es möglich, die von Sr. Majestät bei Gelegenheit des Empfangs der Reichsrathsmitglieder angedeutete gleiche Berechtigung aller Volksstämme und Länder so wie ihre Verbindung in brüderlicher Eintracht zu einem mächtigen Gauzen in Ausführung zu bringen, wenn eine Nation die andere auffordern wollte, ihre Sprache — das wahre Zeichen des polnischen Lebens — aus gewissen Privaträcksielen aufzugeben! Durchquerungen von patriotischen Gefühlen muß ich meine Überzeugung offen dorthin aussprechen, daß jede Nation in Österreich heute von der Nothwendigkeit erfüllt ist, für ihre Nationalität, ihre Sprache und ihre polnische Geltung in brüderlicher Absicht zu sorgen, ohne die anderen Nationen dabei beeinträchtigen zu wollen.“

Der a. o. Reichsrath Bischof Korizmits sprach sich ganz im Sinne des Antrags des Herrn Grafen Szécsen aus, indem er beifügte, daß, nachdem Se. Majestät durch die Allerhöchste Entschließung vom 19. April d. J. das In'eblebentreten der Landesvertretungen in Aussicht zu stellen geruht habe und demzufolge das Königreich Ungarn sich der bestimmten Hoffnung hingabe, in kurzer Zeit seine durch Jahre unterbrochene legislatorische Thätigkeit mit erneuter Kraft und Hingabe wieder beginnen zu können, — die vorliegende Grundbuchsordnung füglich der Landesverfassung Ungarns überwiesen werden dürfe.“

Der a. o. Reichsrath v. Mailath erbat sich hierauf noch das Wort zu folgender persönlicher Bemerkung:

„Wenn ich einen geehrten Herrn Vorredner richtig verstanden habe, so mag ihn die von mir ausgesprochene individuelle Ansicht unangenehm berührt haben. Ich muß aber beweisen, daß sich in Ungarn Jeder für einen Ungar hält, welcher Sprache er sich auch bedienen mag. Es mag sein, daß die Ansicht des Herrn Vorredners die richtige ist, aber ich verweise mich diesfalls auf die allgemeine Stimme.“

Da der a. o. Reichsrath Bischof Freiherr von Schaguna sich dagegen auf die Stimmen der übrigen Nationen auf den Ungarn berief, so erklärte der a. o. Reichsrath v. Mailath, daß die Folgen entscheiden werde, wer in dieser Hinsicht die Mehrheit der Stimmen auf seiner Seite habe. Uebrigens habe er nur für Ungarn dasselbe in Anspruch genommen, was der Herr Bischof Stroßmayer für Slavonien und Kroatien beansprucht habe, in jeder anderen Beziehung theile er vollkommen die Ansicht des zuletzt genannten Herrn Bischofs.“

Se. k. k. Hoheit der durchlaufigste Herr Erzherzog Reichsraths-Präsident brachte nun-

mehr den von dem a. o. Reichsrath Grafen Glam gestellten Antrag auf Schluß der Debatte zur Abstimmung, worauf dieser Antrag von allen Mitgliedern, mit Ausnahme des Reichsrathes Freiherrn v. Salvotti, durch Erheben von ihren Szen angenommen wurde.

Nachdem ferner der a. o. Reichsrath Bischof Stroßmayer mit Rücksicht auf den bereits erfolgten Schluß der Debatte auf seine weiteren Bemerkungen zu verzichten erklärte hatte, forderte Se. k. k. Hoheit der durchlaufigste Herr Erzherzog Reichsrath v. Präsident diejenigen Mitglieder, welche für den von dem Herrn Grafen Szécsen gestellten und nochmals abgelesenen Antrag stimmen wollten, auf, sich von ihren Szen zu erheben. Da sich 33 Reichsräte durch Aufstellen für diesen Antrag erklärten, so erschien der selbe als angenommen.

Hierauf stellte Se. k. k. Hoheit die weitere Aufforderung an die Versammlung, die Stimmentzettel zur Wahl des siebten Mitgliedes für das Grundbuchs-Comité abzugeben, wornach sich für den a. o. Reichsrath Freiherrn v. Petrinó 23, als die meisten Stimmen, ergaben.

Demnach wurde der a. o. Reichsrath Freiherr v. Petrinó mit Stimmenmehrheit als Ersatzmann des ausgetretenen Grafen Bárkoczy für das Comité der Grundbuchsordnung gewählt.

Nun wurde von Se. k. k. Hoheit die Sitzung geschlossen.

Oesterreich.

Wien, 3. Juli. Se. k. k. Apostolische Majestät haben für die in der königl. Freistadt Győr durch Brand Verunglückten fünftausend fünfhundert Gulden öst. W. allernächst zu spenden und anzubringen gehuft, welche nach Maßgabe der vorhandenen Dürftigkeit allgemein kommissionell zu verteilen.

— Zu den berühmten „Herkulesbädern“ nächst Mehadia werden noch im Laufe dieses Jahres großartige Neubauten in Angriff genommen. Laut einer Kundmachung des romanisch-banater Grenz-Regiments haben nämlich Se. k. k. Apostolische Majestät die Aufführung nachstehender Gebäude zu genehmigen geruht: eines im großartigsten Style gehaltenen Unterkunftsgebäudes von zwei Stockwerken um 180.000 Gulden, dann die Herstellung einer sich daran anschließenden gedeckten Wandelbahn mit Pavillons, dem Bazar- und dem Kurhausgebäude, in demselben Style, ebenfalls um 180.000 fl.

Wien. Se. k. k. Kaiserliche Hoheit der durchlaufigste Herr Erzherzog Franz Karl haben dem Kreuzer-Vereine zur Unterstützung der Wiener Gewerblsleute den Betrag von 100 fl. gnädigst gespendet.

Triest, 30. Juni. Bekanntlich weigerten sich 39 Männer der hier durchpassirrenden Irlander, an Bord zu geben. Da man die Überzeugung gewonnen, daß der größere Theil derselben verheiratet war, die übrigens aber angeblich an einer Augenkrankheit leiden sollen, so wurden sie auf Antrag des englischen Konsuls nach Hause spediert, welchem Antrage auch der päpstliche Konsul und die Offiziere schließlich bestimmt.

Deutschland.

Frankfurt, 22. Juni. (Offizielle Mittheilung über die Bundesversammlung vom 21. Juni.) Von dem königlich preußischen Gesandten wurde zur Anzeige gebracht, daß an Stelle des zu anderweiter Verwendung abberufenen Generalmajors v. Sydow der bisberige Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements, Generalmajor v. Voigts-Rhetz, zum Kommandanten von Luxemburg und Führer der Brigade der Besatzung dieser Bundesfestung ernannt worden ist.

Die Versammlung faßte sofort über verschiedene militärische Angelegenheiten Beschuß und wies die Reklamationen einiger Privaten als nicht begründet zurück.

Schließlich wurde zur Abstimmung über die in der Sitzung vom 8. d. M. von dem handelspolitischen Ausschuß wegen Einführung gleichen Maßes und Gewichtes in den Bundesstaaten gestellten Anträge geschriften, welche besagen:

- Am Sitz der Bundesversammlung eine Kommission zur Ausarbeitung eines Gutachtens wegen Einführung gleichen Maßes und Gewichtes in allen Bundesstaaten und zur Eröffnung von Vorschlägen über die am zweckmäßigsten zu wählenden Systeme, sowie die zu Einführung derselben erforderlichen Maßregeln niederzusezen;
- zu diesem Ende aber vorerst an die hohen Regierungen, welche geneigt wären, zu dieser Kommission auf ihre Kosten sachverständige Kommissäre abzuordnen, durch Vermittlung der Herren Bundesversammlungsgegenden das Ansuchen zu stellen, hierüber in Zeit von sechs Wochen Mittheilung machen zu wogen, wogegen die Minorität der Ansicht ist, daß zunächst dientigen Regierungen, welche den betreffenden Antrag nicht gestellt haben, aufzufordern seien, sich ebenfalls

über die Bedürfnisfrage und die Mittel der Ausführung auszusprechen.

Bei der Umfrage erklärte sich die Mehrheit der Gesuchten, teilweise unter Hervorhebung des lebhaften Interesses ihrer Regierungen an diesem Gegenstande und Zusage ihrer Beihilfung bei der vorgeschlagenen Kommission für den Antrag der Majorität des Ausschusses, während eine Minorität, unter Bezeugung gleich reger Theilnahme an allem zur Förderung des Verkehrs Dienlichen, sich für getrennte Behandlung der Fragen über die Einführung eines gleichen Gewichtes und gleichen Maßes aussprach, auch jenen Antrag als verfrüht bezeichnete, indem die Bedürfnisfrage eine sorgfältige Erwägung unter den Regierungen erfordere, bevor über die Maßregeln der Ausführung berathen werde, daher jene zunächst aufzufordern seien, sich hierüber zu äußern und eventuell hiermit bestimmte Vorschläge zu verbinden.

Nachdem hierauf der Beschluß nach Antrag der Majorität gezogen worden war, sprach Präsidium die Hoffnung aus, daß auch diesen Regierungen, welche den Anträgen der Mehrheit des Ausschusses nicht beigestimmt haben, Sachverständige zu der fraglichen Kommission abordnen würden, deren Vorarbeiten als Grundlage für die weiteren Erörterungen zu dienen haben, um die erforderliche freiwillige Vereinbarung unter sämtlichen Bundesgliedern herbeizuführen.

Italienische Staaten.

Neapel. König Franz hat mit Bezug auf das gegen den französischen Gesandten verübte Attentat dem Marquis Antonini in Paris sofort Bestrafung ertheilt, der französischen Regierung sein lebhaftes Bedauern auszudrücken und glänzende Genugthuung versprechen lassen.

Turin, 27. Juni. Sardinien hat nicht lange geschwankt und seine Politik gegenüber der neuen Wendung in Neapel rasch festgestellt. Auslands und Spaniens Warnungen und Vorstellungen haben hier nicht den geringsten Eindruck gemacht. Man fühlt nur zu gut, daß der Schwerpunkt der Situation einerseits in den italienischen Ereignissen, andererseits aber im Verbalten Englands und Frankreichs liege. Von dieser Seite her aber hat die sardinische Politik nichts zu befürchten. Herr v. Talleyrand hat bereits bei Gayon im Namen des Kaisers beantragt, des Königs Regierung möge die von Neapel angebotene Offensive- und Defensivallianz annehmen; Gayon hat aber sofort erklärt, daß von einer Allianz mit den Bourbonen keine Rede sein könne. Und was weiter? Wird Frankreich Sardinien Gewalt antun? Gewiß nicht. Ein Diplomat erzählte statt jeder Meinungsäußerung Folgendes: „In Baden-Baden soll der Prinz-Regent sein Bedauern für den Großherzog von Toscana und die Herzogin von Parma ausgesprochen haben. Napoleon stimmte gleich in dieses Bedauern ein und sprach mit einer Wärme für die beiden, als wäre er ihr einzänglichster Freund.“

Bologna, 30. Juni. Auf dem hiesigen Frucht- und Gemüsemarkt kam es wegen plötzlich entstandener übermäßiger Theuerung zu Unruhen und Thätschkeiten. Die Sicherheitsbehörden mußten einschreiten; einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Frankreich.

Paris, 29. Juni. Der „Moniteur“ enthält heute folgende Note:

„Der erste Akt des China-Krieges ist vollendet in der Besetzung der Insel Chusan, welche ohne Schwerstreit am 21. April in Folge einer zwischen den Besitzhabein der französischen und englischen Flotten- und Militär-Streitkräfte und den chinesischen Behörden abgeschlossenen Konvention stattgefunden hat. Am selben Abend wehten die Flaggen Frankreichs und Englands zusammen von der Festung und den Hauptgebäuden der Stadt Ling-Hai. An den Straßenecken und öffentlichen Plätzen war eine Proklamation angeschlagen, welche die Einwohner von der Besetzung der Insel in Kenntnis setzen, beruhigen und auffordern sollte, ihre Handelsgeschäfte unbefoigt weiter zu betreiben. Am Tage der letzten Nachrichten, 24. April, war die Insel vollkommen ruhig, und Alles ging in größter Ordnung seinen Verpflichtungen nach.“

Türkei.

Über die grausame Christenverfolgung im Orient, namentlich in Syrien, berichtet ein in arabischer Sprache abgefaßter Brief aus Damaskus vom 22. Dschemad-el-schar (14. Juni):

Die Einwohner von Ain-Schara und mehrere Leute aus der dortigen Umgegend waren in die Ortschaft Amaker, in der Provinz Izbel-ian zum Gentschritt gekommen. Fünf oder sechs Tage nach ihrer Ankunft kam Ismael Al-Utrash vom Drusenberg Horrau mit 1000 bewaffneten Drusen, forderte den Scheich des Ortes Amaker vor sich und verlangte von ihm, daß alle Christen vor ihm erscheinen. Der Scheich

gehörte seinem Befehle und brachte die Christen, 180 an der Zahl, ohne Weiber und Kinder, vor denselben.

Als diese vor ihm erschienen, gab er einen von seinen Drusen den Befehl, ihnen sofort die Köpfe abzuschlagen. Einigen glang es zwar, zu entfliehen; 120 aber wurden geköpft und die Köpfe auch mitgenommen. Den folgenden Tag begab sich Ismael Al-Utrash mit seiner Bande nach Hasbaja und Rossossa und mordete der Reihe nach, zuerst die Kinder des Emir Sad-Eldin, dann seine Eule und Alle, welche seinem Hause angehörten, groß und klein, so daß keiner übrig geblieben ist. 101 Personen an der Zahl. Der Emir selbst flüchtete sich zu dem dortigen türkischen Kaimakam Roschid-Effendi und flehte ihn um Schutz der Regierung an. Dieser aber konnte ihm keine Hilfe verschaffen. Als Al-Utrash mit den Köpfen der Familie Emir fertig war, ergriff er auch den Emir, legte seinen Kopf in den Schoß des Kaimakam und schüttete ihm denselben dort ab, wo er eben Schutz gesucht hatte. Den Kopf nahm er mit sich. Hierauf ließ er alle noch übrig gebliebenen Christen bringen und allen Weibern und Kindern, 410 an der Zahl, gleichfalls die Köpfe abschlagen.

Nach diesem wurden die Kirchen und Häuser abgebrannt. Alles ausgeplündert, wie rastet; der Mann liebt Alles rein zu machen. Hierauf verließ er Hasbaja und begab sich — unbekannt wohin — man glaubt nach Zaleh oder Al-mochara. Nach diesem Geheimzettel kam der Kaimakam von Hasbaja mit einigen seiner Soldaten zu seiner Exzellenz dem Pascha, berichtete das Geschehene und zeigte ihm auch das Blut des gemordeten Emir auf seinen Kleidern. Der Pascha berief sogleich die Mitglieder des Divan zusammen. Die Berathung dauerte 5 Stunden, das Beschlossene ist aber nicht bekannt geworden. Wir haben nur gehört, daß der Kaimakam sich in dieser Angelegenheit nach Konstantinopel begeben werde. Alle Christen sind jetzt im höchsten Grade betrübt, theils des geschehenen Unglücks willen, theils wegen der Schwach, die sie nun wegen der früher gehabten Ehre erlitten haben. Die Konsuln kommen fast jeden Tag zum Gouvernement und Montag den 11. hielten sie mit ihm Berathung, nach welcher zum Schutz der Stadt Damaskus auf den Festungsmauern 11 Kanonen, bei einem jeden Stadttore aber 4 Kanonen und 200 Soldaten aufgestellt wurden. Es werden auch Boschi-Boschuls einberufen.

Vermischte Nachrichten.

Aus Graz, 29. Juni, wird gemeldet: „Vorgestern Nachmittags nach 2 Uhr wütete bei Söding, Boitsberg und Röslach ein orkanartiges Unwetter, wie man ein solches sonst nur unter den Tropen, in der Region der berüchtigten Oaregans und Tsafans, erleben kann. Unter Blitz und Donner ging ein Wollbruch nieder, der teilweise der Erguß kleiner plazender Wasserhosen zu sein schien; dieser gewaltsame Niederschlag war von zahllosen, hübscrgroßen Hagelschüssen begleitet. Im Walde zwischen Premschten und Laibach sind Hunderte von ausgewachsenen Bäumen entwurzelt worden; anderthalb Mann dicke Stämme wurden von der Windsbraut wie Glas auseinander gebrochen. Die zwei Riesenstümpfen bei dem Marienberg in Repling sind umgeworfen, die 150 Jahre alte Linde im eigentlichsten Sinne des Wortes entzweigebrochen. Kohlenwagen wurden vom Sturm umgestürzt, viele Gebäude, so das Eisenbahnhaus in Söding, ihrer Dächer beraubt. Die Telegraphenleitungen wurden durch mehrere Blitzeschläge und den Sturm furchtbar beschädigt. Menschenleben ist, soviel man weiß, keines zu verlieren, wohl haben aber sechs Personen komplizierte gefährliche Verletzungen erlitten.“

— Der russische Fürst Georg Galizin, bekannt als einer der größten Musikkünstler Russlands, ein Sohn desselben Fürsten Nikolaus Galizin, dem Bruchose drei seiner letzten und schönsten Quartette gewidmet hat, veranstaltete am 20. d. in Loméon ein großes Konzert, in dem bloß Kompositionen russischer Musiker (vom Fürsten selber, von Glinsk und Borodinsky) zur Aufführung kamen. Das Konzert war jedenfalls eines der interessantesten der Saison und die Ausführung ließ nichts zu wünschen übrig. Für die Engländer aber bestand das Augenbündle wohl darin, daß ein russischer Fürst sich herbeileß, ein Kon-

zert selber zu dirigieren, daß dieser Fürst einen Waller aufführen ließ, den er dem berühmten Flüchtlings Alexander Herzen gewidmet hatte, daß dieser Fürst öffentlich ankündigte, den Beitrag des Konzertes dem Patrioten Garibaldi widmen zu wollen und daß dieser Fürst am 21. Abends in der italienischen Oper statt in Sibrien war.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Dresden, 3. Juli. Ihre Majestäten der König und die Königin von Bayern sind heute um 2 Uhr vier eingetroffen und haben sich um 3 Uhr nach Pillnitz begeben. Morgen wird die Königin von Bayern nach Potsdam abreisen.

Konstantinopel, 2. Juli. Die Besorgnisse, welche man für das Beiträtsfest begleit, sind zerstreut. Die Prozession des Sultans ist in vollständiger Ruhe vorübergegangen. Die Truppen haben einen Monats-sold erhalten und zeigen sich vollkommen gut gesittet. Der königl. preußische Gesandte Graf v. Götz wird einen Urlaub antreten.

Neuestes aus Italien.

Palermo, 28. Juni. Viele Beamte der schweren Regierung, darunter einige hervorragende, sind verhaftet worden. Das Volk verlangt ihren Tod.

Gariboldi sah sich genötigt, Truppen ins Innere der Insel zu schicken, um die gestörte Ordnung herzustellen. Das sizilian. Ministerium ist unpopulär, zwischen Stadt und Land herrscht Zwieträcht. Gegen die Steuern erhebt sich starke Opposition; doch dauert die Absetzung gegen die neapolit. Regierung fort.

Neapel, 30. Juni. Der König sandte den Grafen v. Aquila zwei Mal zum Baron Brenner, um diesem einen Besuch machen zu lassen. — Das Amtsblatt verkündet, daß Ruhe bei dem größeren Theil der Bevölkerung herrsche.

Rom, 2. Juli. Der Papst besuchte die Besigungen von Civita Vecchia und wurde vom Volke lebhaft begrüßt.

Bologna, 1. Juli. Der General-Intendant Mayr erließ eine Kundmachung, worin die Monopolisten sowie die Ruhesünder mit Strafe bedroht werden.

Turin, 1. Juli. Der Vertrag mit der Lombardischen Eisenbahngesellschaft wurde genehmigt. Die Vorsteher des Emigrationscomités in Mailand, Brescia, Parma, Modena und Bologna wurden wegen Bereihung der bewilligten Unterstützung von 300.000 Fr. nach Turin berufen. Die Regierung hat die zentral-italienische Eisenbahngesellschaft ermächtigt, die Bahn von Bologna nach Lagoscuro zu bauen.

Turin, 2. Juli. Der Aufstand in Neapel ist verübt; der Belagerungszustand wurde gemildert; ferner wurde dem General Clary Befehl ertheilt, die Feindseligkeiten einzustellen. Die Allianzschläge sind noch nicht hier angegangen. Man spricht von einer außerordentlichen Gesandtschaft nach Turin. Wie es heißt, sollen an die Gesandten von Neapel aus Befehle ergangen sein, die Verbannten in die Heimat ziehen lassen. Die „Opinione“ widerspricht der Nachricht von den Protesten der spanischen und russischen Gesandten gegen die Expedition Gariboldi's. Es heißt, Roccaforte habe die Mission nach Paris abgelehnt. Principe di San Giuseppe ist auf dem Wege nach London hier eingetroffen.

Programm

der heute, am 3. Juli, um 5 Uhr Nachmittags im Konferenz-Saale des Gymnasiums stattfindenden Monats-Versammlung des historischen Vereins für Krain:

1. Herr Gymnasio-Direktor Nečasek: Franz Wilder's Beitrag zur Kulturgeschichte Krains;

2. Herr Dr. H. Costa: a) Die Landesregierung des Herzogthums Krain; — b) Zweihundertjähriges Jubiläum des Bischofs Laibach;

3. Dr. Dr. Eth. H. Costa: Aus Gröger VII., die Mark Krain betreffend;

4. Prof. Peter v. Radic: Über 2 Kaiser-Urkunden des XI. Jahrhunderts (betreffend die Herrschaft Velde).

Laibach am 3. Juli 1860.

A. Dimitz.

Sekretär des hist. Vereins für Krain.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in P. L. auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Reaum.	Wind	Witterung	Niederschlag binnen 24 Stunden in Pariser Linien
3. Juli	6 Uhr Morg.	328.67	+ 9.4 Gr.	N.	theilw. bewölkt	
	2 " Nachm.	328.22	+ 16.4 "	NW.	dette	
	10 " Abend	328.11	+ 12.2 "	N.	dette	
4.	6 Uhr Morg.	327.76	+ 11.0 Gr.	W.	schwach	
	2 " Nachm.	328.18	+ 19.0 "	W.	dette	
	10 " Abend	325.38	+ 14.2 "	SW.	mittelm.	

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien, (Mittags 1 Uhr.) (Wr. Stg. Abbl.) Die Börse gut gestimmt, die Umsätze lebhaft, Staats- und Spekulationsparierte gefüllt; Lope besonders beliebt. — 3. Juli. Fremde Valuten um $\frac{1}{2}$, bis $\frac{3}{4}\%$, edle Metalle um mehr als 1% billiger und in Summen angefragt. Geld flüssig. Escompte normal, 5%.

Öffentliche Schuld.		Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	
A. des Staates (für 100 fl.)	Andere Kronländer	zu 5 %	88.—	93.—	Graz-Köhl Eisenb. und Bergb.	Clary	40 "	36.75	37.—	
	Benefianisches Anl. 1839	5 "	79.25	79.75	Gesellschaft zu 200 fl. d. W.	" 116.—	St. Genois	40 "	39.— 39.25	
In österr. Währung		65.65	66.75	Dest. Den.-Dampf.-Gef.	449.— 450.—	Windischgrätz	20 "	23.50	24.—	
Aus d. National-Anlehen	5 "	79.40	79.80	Destreich Lloyd in Triest	190.— 200.—	Waldstein	20 "	27.50	28.—	
Metalliques	5 "	70.—	70.25	Wien. Dampf.-Alt.-Gef.	340.— 350.—	Reglevich	10 "	14.50	15.—	
dette	4 $\frac{1}{2}$ "	62.50	62.75	Pfandbriefe (für 100 fl.)		Wechsel.				
mit Verlosung v. J. 1839	125.—	126.—	N. d. Econ.-Gef. j. 500 fl. d. W.	191.20	191.40	3 Monate				
" 1854	96.25	96.50	R. Ferd.-Nordb. j. 1000 fl. G.M.	571.—	573.—	Geld Brief				
" 1869	95.75	96.25	1882. 1884.—			Augsburg, für 100 fl. südd. W.	108.—	108.25	108.50	
Coupe-Nentenjch. zu 42 L. austr.	15.50	15.75	Staats-Gef. zu 200 fl. G. M.			Frankfurt a. M., dette	108.25	108.50		
B. der Kronländer (für 100 fl.)	Kredit-Anst. f. Handel u. Gew. zu		oder 500 Fr.	257.50	258.50	Hamburg, für 100 Mark Banke	95.35	95.50		
Grundentlastungs-Obligationen.	Südbord.-Bahn zu 200 fl. G. M.			London, für 10 Pf. Sterling	126.—	126.10				
Nieder-Österreich	zu 5 %	92.50	93.—	Thür. zu 200 fl. G.M. mit 100 L.	192.50	193.—	Paris, für 100 Francs	50.30	50.40	
Ungarn	(50%) Einzahlung			Lose (per Stück)		Cours der Geldsorten.				
Tem. Ban., Kro. u. Slav.	5 "	72.50	72.50	Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	106.—	Geld Ware				
Galizien	5 "	70.75	70.75	zu 100 fl. öst. W.	106.25					
Bohemia	5 "	69.—	69.25	Don.-Dampf.-G. j. 100 fl. G.M.	100.—	100.50				
Siebenbürgen	5 "	69.—	69.50	ital. Gif. 200 fl. d. W. 500 Fr.	St. dtgem. Osen zu 40 fl. d. W.	36.50				
				Esterbazy	40 " G.M.	83.50				
				Salm	40 " G.M.	40.—				
				Palffy	zu 40 fl. G.M.	37.5				
						37.5				
						38.—				
							Silber-Agio	25.75	26.—	

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien
Den 4. Juli 1860.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 70.30	Augsburg 108.25 Br.
5% Nat.-Anl. 79.30	London 126. Br.
Banknoten 850.	k. k. Dukaten 6.1
Kreditaktien 191.	

k. k. Lottoziehung.

Triest, 4. Juli: 70, 26, 88, 23, 50.

Eisenbahn-Fahrordnung von Wien nach Triest.

Postzug Nr. 1:	Absfahrt	Ankunft		
	Uhr	Min.	Uhr	Min.
von Wien Früh	8	50	—	—
" Graz Nachm.	5	32	—	—
" Laibach Nachts	1	18	—	—
in Triest Früh	—	—	6	50
Postzug Nr. 2:				
von Wien Abends	8	40	—	—
" Graz Früh	5	21	—	—
" Laibach Nachm.	1	19	—	—
in Triest Abends	—	—	6	54
Postzug Nr. 2:				
von Triest Früh	6	45	—	—
" Laibach Mittag	12	44	—	—
" Graz Abends	8	52	—	—
in Wien Früh	—	—	5	41
Postzug Nr. 4:				
von Triest Abends	6	45	—	—
" Laibach Nachts	12	29	—	—
" Graz Früh	8	37	—	—
in Wien Nachm.	—	—	5	48

Fremden-Anzeige.

am 3. Juli 1860.

Mr. Trimmel, pens. Direktor vom Ministerium des Innern, und — Mr. Schnabl, Produktenhändler, von Wien. — Mr. Schmidt, pens. k. k. Statthalterei-Beamte, und — Mr. Gregorie, pens. Gymnasial-Pro- fessor, von Triest. — Mr. Martin, Hofkriegs-Kanzlist, von Pettau. — Mr. Rabe, Kaufmann, von Halle. — Mr. Pufitsch, Handelsmann, von Kranau.

3. 1146. (1)

Literarische Anzeige.

Die III. Auflage des nachstehenden Buches hat eben die Presse verlassen und ist beim hiesigen bürgl. Buchbinder Leopold Kremscher unter dem Titel:

„Stoletna pratika

devetnajstega stoletja“,

das ist, 100jähriger Kalender, in Laibach bei Herrn J. N. Milz gedruckt, zu haben.

Daß der gegenwärtige 100jährige Kalender für unsern slavischen Landmann ein sehr interessantes Buch sei, brauchen wir nicht auseinander zu setzen und solches besonders zu empfehlen; es wird schon dadurch hinlänglich empfohlen, wenn wir nur erwähnen, daß die früheren Auflagen in wenigen Jahren ganz vergriffen waren, und sohin, da darnach stets Nachfrage geschahen, die III. Auflage besorgt werden mußte, welche unter anderem mit der Statue des Feldmarschalls Grafen Radetzky, und einer Zeichnung, wie die Sonnen-Uhren auf die Kirchenände ic. gezeichnet werden, geschmückt ist. Das Buch, 264 Seiten stark, kostet, in Rück- und Ecke gebunden, 80 kr. öst. W.

Wichtig für Baulustige!

Dem Gefertigten wurde vom öblichen Magistrat die Befugniß als Maurermeister für die hiesige Landeshauptstadt ertheilt. Derselbe empfiehlt sich den P. T. Herren Baulustigen mit dem Bemerkten, daß er jede beliebige Maurerarbeit sammt dem hiezu erforderlichen Materiale, oder wenn das Materiale in eigener Regie beigeschafft wird, die Maurerhandarbeit sammt Requisiten zu den billigsten Preisen übernimmt.

Auch ist er in der Anfertigung aller Arten von Bau-, Situations-, Niveau-Plänen und Kostenüberschlägen bewandert.

Näheres zu erfragen in der Elefantengasse Nr. 18.

L. Pammer,

Zivilingenieur und Maurermeister.

Z. 984. (5)

J. Engelhofer's

Muskel- und Nerven-Essen

aus aromatischen Alpenkräutern

zum äußerlichen Gebrauch gegen rheumat. Gesichts- und Gelenkschmerzen, Kopfschmerzen, Schwindel, Ohrenbrausen, Kreuzschmerzen, Schwäche der Glieder, besonders bei starken Anstrengungen und Märschen, gegen allgemeine Körperschwäche, Seitenstechen, Hämorrhoidal-Leiden und besonders gegen die Schwäche der Unterleibs-Organen.

Die Muskel- und Nerven-Essen ist zu 1 fl. öst. Währ. pr. Flacon immer frisch vorrätig in Laibach bei Herrn Johann Klebel.

3. 1149. (1)

Für alle Kreis- und Landstädte, Marktslecken

u. s. w. dieses Kronlandes werden Vereins-Agenten gegen sehr gute Provision gesucht. Dasselbst wohnhafte Ortsbürger, auch Beamte, Schullehrer, Geschäftleute u. dgl. sind eingeladen, unter Nachweisung persönlicher Eignung und Bürgschaftsfähigkeit sich gefälligst allsogleich zu melden.

Wien, Stadt, 562, 1. Stock. (Desterr. Kunst-Verein.)

3. 1124. (4)

Die Gelegenheit soll man benützen.

höchst wichtig für Herren!

Das Neueste und Schönste fertiger

HERREN-KLEIDER,

sowie auch

Seiden-Kappen und Cravats,

empfiehlt das

erste und grösste Herren-Kleider-Magazin

von

Alois Rieder

aus Graz.

Während der Marktzeit am Hauptplatz Nr. 5, vis-à-vis der Modewaren-Handlung des V. C. Supan.

3. 264. (11)



Orientalisches Enthaarungsmittel

à Flacon fl. 2.10,

entfernt ohne jeden Schmerz oder Nachtheil selbst von den zartesten Haarstellen Haare, die man zu beseitigen wünscht. Die bei dem schönen Geschlecht bisweilen vorkommenden Bartspuren, zusammen gewachsene Augenbrauen, tiefe Scheitelhar werden dadurch binnen 15 Minuten beseitigt.

Lisionese

ist von dem königl. preuß. Ministerium für Medizinal-Angelegenheiten geprüft und besitzt die Eigenschaft, der Haut ihre jugendliche Frische wiederzugeben und alle Haut-Unreinigkeiten, als: Sommersprossen, Leberflecke, zurückgebliebene Pockenflecke, Finnen, trockene und feuchte Flechten, so wie Röthe auf der Nase (welche entweder Frost oder Schärfe gebildet hat) und gelbe Haut zu entfernen. Es wird für die Wirkung, welche binnen 14 Tagen erfolgt, garantiert und zahlen wir bei Nichterfolg den Betrag retour.

Preis pro ganze Flasche fl. 2.60.

Fabrik von Rothe & Comp., Kommandantenstr. 31.

Die Niederlage für Laibach befindet sich bei Hrn.

Albert Trinker, Hauptplatz Nr. 239.